

Bewerbungs- bzw. Vorschlagsformular zur Aufnahme in die Vorschlagsliste

Angabe der notwendigen Daten, Einverständniserklärung und Versicherung nach § 44 a DRiG

An die

Landeshauptstadt Schwerin
Der Oberbürgermeister
Dezernat IV – Bürgerservice, Ordnung und Kultur
Wahlbehörde
Am Packhof 2-6
19053 Schwerin

Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Oberverwaltungsgerichtes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Verwaltungsgerichtes Schwerin für die Amtsperiode 2025 bis 2030

Ich beantrage die Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Wahl als ehrenamtliche Richterin/ ehrenamtlicher Richter des

Verwaltungsgerichtes Schwerin Oberverwaltungsgerichtes Mecklenburg-Vorpommern.

Angaben zur Person:

Name, ggf. Geburtsname (bei Abweichung)			
Vorname(n)			
Geburtsort (Gemeinde/ Kreis)	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit deutsch	
Beruf (möglichst genau bezeichnet, ggf. auch erlernter Beruf)			
Straße/Hausnummer		Postleitzahl	Ort der Hauptwohnung
Telefon <small>(freiwillige Angabe)</small>		E-Mail <small>(freiwillige Angabe)</small>	

Bitte kreuzen Sie die nachfolgenden Fragen an, wenn die Aussage auf Sie zutrifft (die Beantwortung ist **freiwillig**; Sie ersparen aber dem Gericht nach einer evtl. Wahl die -zulässige-Anfrage bei einem Register):

- Ich bin in den letzten 10 Jahren nicht zu einer Freiheitsstrafe (auch nicht auf Bewährung) von mehr als 6 Monaten bestraft worden.
- Gegen mich läuft kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen eines Verbrechens oder sonstigen Straftat, derentwegen auf den Verlust des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Ehrenämter erkannt werden kann.
- Ich war nie hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR.
- Ich befinde mich nicht in der Insolvenz und habe auch keine eidesstattliche Versicherung über mein Vermögen abgegeben.

Ich bin damit einverstanden, als ehrenamtliche Richterin/ehrenamtlicher Richter vorgeschlagen zu werden und das Amt einer ehrenamtlichen Richterin/eines ehrenamtlichen Richters in der Verwaltungsgerichtsbarkeit auszuüben.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass auch für die nunmehr zu wählenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach ihrer Wahl ein Überprüfungsverfahren nach §§ 20, 21 Stasi-Unterlagen-Gesetz eingeleitet werden kann. Ebenso kann der Richterwahlausschuss hierzu eine schriftliche Erklärung von den vorgeschlagenen Personen verlangen, nicht an den Unrechtshandlungen des DDR-Regimes mitgewirkt zu haben.

Ort

Datum

Unterschrift